



## Niederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 23.09.2003
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Hegelallee, Haus 1, Raum 405

---

### Anwesend sind:

Herr Dr. Menning, Manfred	SPD
Frau Michalske, Anke	SPD
Herr Dr. Stahlberg, Jürgen	SPD
Herr Jäkel, Ralf	PDS
Herr Korne, Ingo	PDS
Herr Lehmann, Peter	CDU
Frau Hüneke, Saskia	Grüne/B90
Herr Kruschat, Axel	Die Andere
Herr Kümmel, Harald	SPD
Herr Mannhöfer, Burghard	Die Andere
Herr Neumann, Uwe	SPD
Frau Paulsen, Bettina	CDU
Frau Reimers, Babette	SPD
Herr Träger, Hans-Otto	PDS
Frau Dr. von Kuick-Frenz, Elke Beigeordnete	

### Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	entschuldigt
Herr Kutzmutz, Rolf	PDS	entschuldigt
Herr Dr. Schlomm, Herbert	PDS	nicht anwesend
Frau Busch, Jutta	PDS	nicht anwesend
Frau Dr. Emmerich-Focke, Christina	SPD	nicht anwesend
Herr Gernhardt, Thomas	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Scharlock, Dieter	PDS	nicht anwesend

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung
- 2 B-Plan Nr. 48 'Am Neuen Garten' - Einziehung einer Verkehrsstraße (Persiusstraße)  
Berichterstattung der Verwaltung
- 3 Bestätigung des Protokolls vom 09.09.2003 und vom 16.09.2003

- 4 Vorlagen der Verwaltung
- 4.1 WV Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 51-1 'Am Silbergraben'  
Vorlage: 03/SVV/0583  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.2 Schiffbauergasse, Zentrum für Kunst und Soziokultur  
Vorlage: 03/SVV/0722  
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 5 Anträge der Fraktionen
- 5.1 WV Verbindung Friedrich-Engels-Straße und Nutheschnellstraße  
Vorlage: 03/SVV/0122  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.2 WV Rechtsgutachten zur Sozialplanrichtlinie in Sanierungsgebieten  
Vorlage: 03/SVV/0377  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- mit Ergänzungsantrag der Fraktion >Die Andere< -
- 5.3 Parkplatzkonzept Karl-Liebnecht-Stadion  
Vorlage: 03/SVV/0621  
Fraktion >Die Andere<
- 6 Berichte und Informationen
- 6.1 Errichtung von Bill-Board-Anlagen/Ausweitung der Standorte aufgrund vorliegender Anträge (nochmalige Verständigung - sh. Erstinfo. im SBW-Ausschuss am 16.09.03)
- 7 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Verständigung zur Tagesordnung**

Die Vertreterin des Ausschussvorsitzenden, Frau Saskia Hüneke, begrüßt die Teilnehmer.

Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Es wird vorgeschlagen, den TOP 2 B-Plan 48 „Am Neuen Garten“ – Einziehung einer Verkehrsstraße (Persiusstraße) – Berichterstattung der Verwaltung – entfallen zu lassen, da kein Ansprechpartner aus der Verwaltung zum TOP 2 anwesend ist.

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, das zum B-Plan 48 eine nochmalige Anhörung stattfindet. Bis zum 14.10.2003 soll dazu eine Entscheidung getroffen werden. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, darüber im Hauptausschuss zu berichten. Herr Heidenreich teilt abschließend den Anwesenden ein Papier aus (Alternative zur Einziehung von 404m<sup>2</sup> öffentlichen Straßenlandes an der Persiusstraße (Gemarkung Potsdam, Flur 1, Flurstück 232). Diese liegt dem Protokoll bei.

Frau Hüneke verlißt die Tagesordnung. Diese wird einstimmig beschlossen.

- zu 2**      **B-Plan Nr. 48 'Am Neuen Garten' - Einziehung einer Verkehrsstraße (Persiusstraße)**  
**Berichterstattung der Verwaltung**  
siehe Information im TOP 1 – BE im Hauptausschuss nach nochmaliger Anhörung

- zu 3**      **Bestätigung des Protokolls vom 09.09.2003 und vom 16.09.2003**  
Der Protokollentwurf der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen am 09.09.2003 liegt den Teilnehmern vor. Ergänzungs- oder Änderungswünsche erfolgen nicht.

Das Protokoll der Sitzung vom 09.09.2003 wird mit 6/0/1 bestätigt.

Der Protokollentwurf der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen am 16.09.2003 liegt den Teilnehmern vor. Ergänzungs- oder Änderungswünsche erfolgen nicht.

Das Protokoll der Sitzung vom 16.09.2003 wird mit 5/0/3 bestätigt.

- zu 4**      **Vorlagen der Verwaltung**

- zu 4.1**      **WV Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 51-1 'Am Silbergraben'**  
**Vorlage: 03/SVV/0583**

Zu TOP 4.1 hat Frau Neubert und Herr Bischoff Rederecht beantragt. Dies wurde einstimmig bestätigt.

Herr Lehmann verlißt folgenden Änderungsantrag zur DS 03/0583:

- A. Die Bebaubarkeit der Grundstücke zwischen der Straße am Silbergraben und der Nutheniederung kann im vorderen Grundstücksbereich in 1. und 2. Reihe erfolgen.

Die Trennung des vorderen zum hinteren Grundstück erfolgt durch eine Anliegerstraße, aus versickerungsfähigem Material.

Die Pflanzbindung wird aufs hintere Grundstück verlagert, mit der Festlegung als Grundfläche. (Problem 1)

B. Die Durchwegung von der Nutheniederung zur Trebbiner Straße entfällt. (Problem 2)

Eine Durchwegung sollte im B-Plan Nr. 25 „Gewerbegebiet Trebbiner Straße“ entlang der L 79n, erfolgen.

Frau Neubert der Bürgerinitiative Drewitz erhält nun Rederecht und trägt das Anliegen der Bürgerinitiative Drewitz vor. Abschließend übergibt Sie eine Unterschriftensammlung.

Frau Holtkamp (FB Stadtplanung und Bauordnung) gibt an Hand der Karte Erläuterungen zum B-Plan 51-1 und geht auf Rückfragen der Teilnehmer ein.

Anschließend gibt Frau Dr. von Kuick-Frenz noch einige Erläuterungen. Die Grundstücke müssten durch die Anliegerstraße geteilt werden. Diese Straße müsste durch die Grundstücksanlieger bezahlt werden. Zusätzlich würden Ausgleichsersatzmaßnahmen notwendig, die ebenfalls von den Anliegern zu tragen seien.

Anschließend erhält Herr Bischoff (zur Kirchstraße) das Rederecht.

Frau Holtkamp informiert anschließend, dass die Erweiterung der Kirchstraße notwendig ist, da sonst die Erschließung nicht möglich ist.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag von Herrn Lehmann:**

**Ja-Stimmen: 1**  
**Nein-Stimmen: 6**  
**Enthaltungen: 1**

**Beschlusstext:**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Fortführung des Bebauungsplanes Nr. 51-1 „Am Silbergraben“ werden folgende

Festlegungen getroffen:

- A Die Bebaubarkeit der Grundstücke zwischen der Straße Am Silbergraben und der Nutheniederung bleibt unverändert, eine geringe Anpassung soll durch Verlegung der Pflanzbindung an das Grundstücksende erfolgen (s. Lösungsmöglichkeit 2 zum Problemkreis 1 aus Anlage 1 a).
- B Die Durchwegungen zwischen den Straßen Am Silbergraben und Trebbiner Straße in ost- westlicher Richtung sollen durch Ausweisung als öffentliche Verkehrsflächen (Fußweg) erfolgen (s. Lösungsmöglichkeit 2 zum Problemkreis 2 aus Anlage 1 a).
- C Für das Gewerbegebiet entlang der Ortsumgehungsstraße soll die bisherige Planung beibehalten werden (s. Lösungsmöglichkeit 1 zum Problemkreis 3 aus Anlage 1 a).
- D Im Gebiet östliche Trebbiner Straße/Kirchstraße soll eine Verlegung des Baufeldes in den Vorgartenbereich an der Kirchstraße erfolgen (s. Lösungsmöglichkeit 2 zum Problemkreis 4 aus Anlage 1 a).

2. Der entsprechend der o. g. Festlegungen zu ändernde Bebauungsplan ist gemäß § 3 (3) i. V. m. § 3 (2)

- BauGB öffentlich auszulegen.  
3. Mit der Fortführung des Bebauungsplans soll umgehend begonnen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

zum Gesamtantrag:

**Leitentscheidung zum Bebauungsplan NR. 51-1 „Am Silbergraben“**

**Ja-Stimmen: 6**

**Nein-Stimmen: 1**

**Enthaltungen: 1**

zu 4.2

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung  
**Schiffbauergasse, Zentrum für Kunst und Soziokultur**

**Vorlage: 03/SVV/0722**

Frau Dr. von Kuick-Frenz macht allgemeine Erläuterungen zum Zentrum für Kunst und Soziokultur.

Anschließend macht Herr Hultsch (ST Potsdam) Angaben zu Kosten und zur Finanzierung des Projektes.

Frau Hüneke macht deutlich, dass eine Lücke von 2,9 Mio. Euro in der Finanzierung aufgetreten ist, die die kulturellen Träger treffen würde. Wo kommt diese Lücke her?

Herr Hultsch informiert, dass sich die Lücke aus fehlenden Hauptstadtmitteln beim Innenausbau des Theaters ergibt. Städtebaufördermittel gäbe es nur für die Hülle. Die Ausstattung kann nur mit Kippmitteln bezahlt werden. Die Lücke würde die Kultur und das Gewerbe betreffen.

Herr Mannhöfer bittet um Ausführung, wie die Kosten zustande kommen. Daraufhin erörtert Herr Hultsch, dass das ZKS keine Mehrkosten verursacht. Veranschlagt waren 20,6 Mio. Euro. Jetzt sind es 20,5 Mio. Euro.

Des weiteren bittet Herr Mannhöfer darum, dass mögliche Risiken in der Vorlage benannt werden.

Frau Hüneke bekräftigt ihre Zustimmung, um den Antrag der KKIP-Mittel zu ermöglichen, erwartet aber Klärung der Fragen bis zur STVV.

Frau Dr. von Kuick-Frenz macht abschließend darauf aufmerksam, dass die Chancen und die Risiken ehrlich aufgezeigt wurden. Leider hat die Stadtverwaltung durch Klage eines Architekturbüros 2 Monate verloren. Wenn der Förderantrag nicht bis zum 09.12.2003 gestellt werden kann, sind die Fördermittel weg. Frau Dr. von Kuick-Frenz bittet um Zustimmung des SBW-Ausschusses zu dieser Vorlage.

Herr Lehmann wird aufgrund der vielen Probleme dieser Vorlage nicht zustimmen. Man hätte die Chance, diese Vorlage nochmals im Hauptausschuss zu diskutieren. Herr Lehmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, diese Vorlage in den Hauptausschuss zu delegieren. Dann soll der Hauptausschuss darüber befinden. Im Hauptausschuss am 24.09.2003 sollte dann ein Votum abgegeben werden.

**Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Lehmann:**

**Ja-Stimmen: 2**

**Nein-Stimmen: 3**  
**Enthaltungen: 0**

**Beschlusstext:**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Nutzungskonzept und das Raumprogramm des Zentrum für Kunst und Soziokultur (ZKS) werden als Grundlage für die Beantragung von Fördermitteln aus dem Kommunalen Kulturinvestitionsprogramm (KKIP) bestätigt.
2. Die investiven Kosten zur Errichtung des ZKS werden vorbehaltlich der abschließenden baufachlichen Prüfung durch die zuständigen Ministerien und weiterer eigener Prüfung durch die Stadt Potsdam bestätigt.
3. Weitere Möglichkeiten der Reduzierung der investiven Kosten sind intensiv zu nutzen. Der Kommunale Mitleistungsanteil (KMA) ist auf einen Betrag von 6.962,8 T€ zu begrenzen (vollständig aus Hauptstadtmitteln finanziert).
4. Die Stadt Potsdam wird bei Bewilligung der KKIP-Mittel die zweckentsprechende öffentlich – kulturelle Nutzung der geförderten Bereiche für die Dauer der Zweckbindung sicher stellen.
5. Die Darstellung der derzeit kalkulierten Folgekosten nach dem Bericht der Kulturmanagement Bremen GmbH (k.m.b.) wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt erklärt, auch hinsichtlich der Folgekosten die Erfüllung des Förderzwecks für zunächst 5 Jahre nach Fertigstellung des ZKS zu gewährleisten. Hierfür wird eine angemessene Förderung der Freien Träger vorgesehen. Die von k.m.b. ermittelten Werte sind dabei weiter zu begrenzen und abzusenken.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Empfehlung der k.m.b. zur Anschubfinanzierung eines notwendigen Standortmanagements zu überprüfen, Deckungsquellen für eine erforderliche Finanzierung aufzuzeigen und die Organisationsstruktur zu konkretisieren.

**Abstimmungsergebnis:**

**zum Gesamtantrag Schiffbauergasse, Zentrum für Kunst und Soziokultur:**

**Ja-Stimmen: 5**  
**Nein-Stimmen: 0**  
**Enthaltungen: 3**

**zu 5** Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege  
**Anträge der Fraktionen**

**zu 5.1** **WV Verbindung Friedrich-Engels-Straße und Nutheschneelstraße**  
**Vorlage: 03/SVV/0122**

Der TOP wurde am 19.9. bereits abschließend behandelt. Die Mitglieder des SBW-Ausschusses sehen zu TOP 5.1 keinen Handlungsbedarf mehr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zu 5.2**      **WV Rechtsgutachten zur Sozialplanrichtlinie in Sanierungsgebieten**  
**Vorlage: 03/SVV/0377**

Herr Lehmann (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) erläutert über die vom Stadtkontor angefertigte gutachterliche Stellungnahme. Herr Lehmann macht deutlich, dass Rechtsgutachten nicht möglich sind. Der Förderung für ein Rechtsgutachten würde nicht zugestimmt werden.

Frau Hüneke kritisiert, dass nach der Sommerpause dem SBW-Ausschuss kein neuer Entwurf der Sozialplanrichtlinie vorgelegt wurde. Das von Herrn Lehmann erläuterte Gutachten ist auch den Ausschussmitgliedern nicht zugegangen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz sagt zu, dass eine Ausreichung der gutachterlichen Stellungnahme am 24.09.2003 an die Fraktionen erfolgt.

Herr Kruschat bringt den Ergänzungsantrag ein und merkt an, dass eine Verdrängung der Bevölkerung aus den Sanierungsgebieten zu verhindern ist. Es sind rechtliche Möglichkeiten im Interesse dieser Mieter unbedingt auszuschöpfen.

Frau Hüneke ergänzt, es ginge ihrer Fraktion um den Erhalt des Wohnanteils und der der sozialen Vielfalt in den Sanierungsgebieten.

Der letzte Satz im Antrag 03/SVV/0377 „Die Maßnahme ist aus Städtebaufördermitteln zu finanzieren“ wird gestrichen.

**Abstimmungsergebnis: Vorlage: 03/SVV/0377 – mit Ergänzungsantrag der Fraktion >Die Andere<**  
**Ja-Stimmen:            4**  
**Nein-Stimmen:        1**  
**Enthaltungen: 1**

**zu 5.3**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- mit Ergänzungsantrag der Fraktion >Die Andere< -  
**Parkplatzkonzept Karl-Liebknecht-Stadion**  
**Vorlage: 03/SVV/0621**

Frau Holtkamp teilt mit, dass die vorgeschlagenen Standorte nicht realisierbar wären. Eine Umwandlung in einen Prüfauftrag für die Stadt wäre o.k.

Der Text des Antrages von Herrn Kruschat soll so bleiben. Der Antrag wird in einen Prüfauftrag für die Stadtverwaltung umgewandelt.

**Abstimmungsergebnis:**  
**Ja-Stimmen:            5**  
**Nein-Stimmen:        1**  
**Enthaltungen:        0**

**zu 6** **Berichte und Informationen**

**zu 6.1** **Errichtung von Bill-Board-Anlagen/Ausweitung der Standorte aufgrund vorliegender Anträge (nochmalige Verständigung - sh. Erstinfo. im SBW-Ausschuss am 16.09.03)**

Die Ausschußvorsitzende fragt, ob Bedenken gegen ein Rederecht für Herrn Franke bestehen. Es bestehen keine Bedenken.

Herr Franke informiert, dass die Verwaltung 2 Standorte zur Verfügung stellen sollte. Nun geht der Sponsor verloren, da er mehr Standorte als vorher geplant, fordert. Herr Franke würde einen neuen Sponsor suchen und dann wieder im SBW-Ausschuss darüber informieren.

Frau Dr. von Kuick-Frenz weist darauf hin, dass es zum Standort A noch keine Einigung mit der Stadt gab. Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass der Standort Heinrich-Mann-Allee nicht zur Verfügung steht.

Frau Hüneke fragt, ob B-Standorte durch die Stadt reserviert werden können?

Frau Dr. von Kuick-Frenz könnte 2 Standorte in der Friedrich-Engels-Straße anbieten. Ob die Verwaltung diese aber reservieren könnte, bis ein neuer Investor gefunden wird, müsste erst noch geprüft werden.

Herr Dr. Menning reicht folgenden Antrag ein:

„Um das Projekt „Potsdam Visier“ doch noch realisieren zu können, bittet der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen die Verwaltung, noch einmal gemeinsam mit der Fa. Stroer im Stadtgebiet nach einem genehmigungsfähigen, stadtbildverträglichen A-Standort für ein Billboard zu suchen.“

Frau Hüneke beantragt, die Verwaltung mit der Klärung zu beauftragen, ob die beiden Standorte in der Friedrich-Engels-Str. reserviert werden können, um den Künstler Gelegenheit zu geben, einen anderen Sponsor zu suchen.

Es wird vorgeschlagen, beide Anträge aufzunehmen und über beide abzustimmen. Dies wird einstimmig bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

**1. Antrag von Herrn Dr. Menning:**

**„Die Stadt wird gebeten, im Gespräch mit der Fa. Stroer noch einmal nach einem A-Standort zu suchen.“**

**Ja-Stimmen: 5**

**Nein-Stimmen: 1**

**Enthaltungen: 0**

**2. Antrag**

**„Die Stadt sucht nach einer Möglichkeit, die beiden Standorte Friedrich-Engels-Straße zu reservieren, bis ein anderer Investor gefunden wird.“**

**Abstimmungsergebnis:**

**Ja-Stimmen: 4**



**Nein-Stimmen: 0**  
**Enthaltungen: 2**

## **zu 7      Sonstiges**

Frau Reimers bittet um Informationen zum Thema „SAGO“

Frau Dr. von Kuick-Frenz berichtet über den Stand zum Projekt SAGO. Es haben erste Gespräche mit dem Liquidator hinsichtlich Flächenerwerb stattgefunden. In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung wurde ein Schreiben an 26 Firmen zur Interessenbekundung verschickt.

Am 17.09.2003 hat Frau Dr. von Kuick-Frenz am Wirtschaftsausschuss im Ministerium zum Projekt SAGO teilgenommen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz weist des weiteren darauf hin, dass von der Stadt alles getan wird, um diese Ansiedlung zu bekommen. Soweit die Fördermittel vom Ministerium da sind, kann der B-Plan gemacht werden.

Im Frühsommer 2004 kann mit dem Auslegungsbeschluss gerechnet werden. Des weiteren wird ein Beirat für den Standort SAGO eingerichtet.

Ende Oktober 2003 wird die Stadt einen ersten Überblick von Firmen haben, die sich ansiedeln wollen.

Herr Lehmann berichtet über 3 Schulen in Potsdam, denen der Schwimmunterricht untersagt wurde. Dazu liegt ein Schreiben von Herrn Ofczarik vor.

Frau Dr. von Kuick-Frenz teilt mit, dass nicht in die Zuständigkeit des GB Stadtentwicklung und Bauens fällt und bittet Herrn Lehmann, sich mit Frau Fischer (GB 2) und Herrn Ofczarik in Verbindung zu setzen.

Herr Dr. Menning fragt, warum die Arbeiten an der Brücke (am Potsdam-Center) so lange gedauert haben. Frau Dr. von Kuick-Frenz wird dies prüfen und eine kurze Information in der Stadtverordnetenversammlung am 01.10.2003 geben.